Nr. 91 — 21. Jahrg. — Donnerstag, 20. April 1922

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus 32 M, zweimonatlich 21.50 M, monatlich 11 M. Einzelnummer 80 ₰. Die Sächsische Volkszeitung erscheint wöchentlich sechsmal. Sprechstunde der Redaktion: 5—6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Zusendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt.

Anzeigenpreis: Die eingespaltene Petitzeile 4 M, für Familien- und Vereinsanzeigen, Stellen- und Wohnungsanzeigen 3.50 M. Die Petit-Reklamezeile im redaktionellen Teil, 89 mm breit, 15 M. Für Inserate mit besonderer Plazierungsvorschrift auf obige Preise 25 Prozent Zuschlag. Offertengebühr: für Selbstabholer 1 M, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Annahmestellen in Dresden: Schmidtsche Buchhandlung, Inhaber R. Beck, Schloßstraße 5, in Bautzen: Franz Kurtat An der Petrikirche 4

Unsere heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Tagesschau

Reichskanzler Dr. Wirth erhielt am Dienstag vormittag außer dem Besuche Tschitscherins auch den Gegenbesuch des Erzbischofs von Genua.

Der unter dem Vorsitz des Norddeutschen Hansabundes tagende Hamburger Ausschuß für Freiheit des Außenhandels erläßt in den gestrigen Morgenzeitungen einen Aufruf zur Bildung einer einheitlichen Front der gesamten deutschen Kaufmannschaft gegen die Knebelung des Handels durch die Außenhandelsstellen. Wie die Telegraphenunion von gut unterrichteter Seite erfährt, nimmt neben einer Reihe bekannter Welthandelsfirmen Generaldirektor Cuno der Hamburg-Amerika-Linie lebhaftes Interesse an der Hamburger Bewegung zur Beseitigung der Außenhandelsstellen.

Die häufigen blutigen Zwischenfälle, die von der französischen Besatzung in letzter Zeit hervorgerufen worden sind, haben den französischen Oberkommandierenden der Saartruppen veranlaßt, dieser mit Einschluß der Offiziere auf vier Wochen den Besuch von Wirtslokalen, Kaffeehäusern und Kinos gänzlich zu untersagen.

Ein Protest der Neutralen gegen den Ausschluß Deutschlands von den Verhandlungen mit Rußland ist bereits für den heutigen Mittwoch in Aussicht gestellt.

Ministerpräsident de Facta ist zusammen mit dem Schatzminister Peano besonders deshalb am Montag nach Genua zurückgereist, um den Vorsitz der Konferenz wieder zu übernehmen und, wie er betonte, eine Sprengung der Konferenz zu verhindern.

Ein ungeheurer Wirbelsturm zerstörte verschiedene Dörfer in Arkansas. 20 Tote und mehrere hundert Verwundete sind zu beklagen.

Der Russenvertrag und die Entente

Aus Genua wird uns geschrieben:

Am Vorabend des Osterfestes hatten sich die bis dahin über der Konferenz von Genua lagernden Wolken zu lichten begonnen. Aber schon am Ostersonntag abend stand das Barometer wieder auf Sturm. Diejenige Frage, über die sich die Geister scheiden und scheiden müssen, die entscheidende Frage von Genua, die russische, hat diesen Temperaturwechsel hervorgerufen.

Der Russenvertrag hat im Lager der Entente, weniger freilich bei den offiziellen Delegationen, wie in dem Heerlager der Presse, einen mehr oder minder gekünstelten Entrüstungssturm hervorgerufen. Es ist freilich schwer erfindlich, was dem einen derartig wilden Echo Anlaß geben konnte. Daß die deutsch-russischen Verhandlungen schon seit Wochen und Monaten, ja schon seit Jahr und Tag im Zuge sich befanden, und daß der Abschluß in kürzester Frist erwartet werden mußte, war im Ententelager durchaus bekannt. Obwohl der Versailler Vertrag die Abmachungen von Brest-Litowsk als nichtig erklärte, konnte die damals tatsächlich und rechtlich erfolgte Anerkennung der Sowjetregierung durch das Deutsche Reich keineswegs als nichtbestehend dekretiert werden. **Es war nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht Deutschlands, endlich einmal einem Schwebezustand ein Ende zu machen, um geordnete Normen und Formen für ein tatsächlich schon längst bestehendes Verhältnis zu finden. Diese Pflicht war für die deutschen Vertreter um so mehr gegeben, als die Entente offiziell in unmittelbare Verhandlungen mit Rußland eintrat, und als dabei nicht zuletzt gerade der Wink mit dem Zaunspfahl der Schadloshaltung Rußlands an Deutschland durch Deutschland eine große Rolle spielte. Deutschland hat mit dem Russenvertrag nichts weiter getan, als seine eigenen Rechte gewahrt, und es ist dabei ganz in der Linie der Politik geblieben, die die Entente Rußland gegenüber selbst befolgt hat und in Genua befolgt.**

Der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag, der freilich unter den obwaltenden Umständen und obwaltenden Verhältnissen eine ganz hervorragende politische Note erhält, wird um deswillen mit großer Bestürzung im Ententelager entgegengenommen, weil er in verschiedenen Punkten eine klare Situation schafft, die bislang von bestimmten Gliedern der Entente als Ausfalls- und Angriffspositionen gegen Deutschland benutzt worden sind. Der Sinn des deutsch-russischen Vertrages ist nichts anderes als völlige Liquidierung der Vor- und Nachkriegszeit, völlige Neuorientierung und Neuaufbau. Das jetzt geschaffene Fundament ist aber, und darauf kommt es entscheidend an, so gefügt, daß es vollständig unabhängig von dem gegenwärtigen russischen Regierungssystem ist. Die Frage der inneren Angelegenheiten Rußlands, also auch seiner Regierungsform, ist vollkommen bei allen diesen Dingen auszuschalten, die Abmachungen sind nicht getroffen mit einer bestimmten russischen Regierung, sondern mit dem russischen Reiche und dem russischen Volke. Es ist der erste wirkliche Friedensvertrag, der zwischen zwei Völkern und Ländern abgeschlossen wird, ein Friedensvertrag, der sich gründet auf einer gänzlichen Löschung aller Ansprüche aus der Zeit vor dem Kriege und aus dem Kriege selber. Die absolute Gleichberechtigung in wirtschaftlicher Hinsicht und die vollendete Gegenseitigkeit in allen wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen sind die obersten Grundsätze der neuen Abmachungen. Man könnte nur wünschen, daß die Verträge, die in Liquidierung des Kriegsgeistes zwischen den Völkern zu schließen sind, in den gleichen Formen ihren Ausdruck fänden, und wir würden es besonders begrüßen, wenn auch die Entente selber in dieser Gestalt ihr Verhältnis zu Rußland regeln würde. Deutschland würde eine derartige Entwicklung nicht als eine Behinderung, sondern als eine Förderung der Aufgaben und Ziele der Genueser Konferenz ansehen.

Weitere Verhandlungen in Genua

Kein Abbruch der Verhandlungen

Genua, 18. April. Aus sehr gut informierter französischer Quelle wird erklärt, daß die Franzosen die Verhandlungen nicht abbrechen werden. Die Franzosen werden in vollem Einvernehmen mit ihren Verbündeten handeln.

Weiterer Verlauf der Verhandlungen

Genua, 18. April. Wie von unterrichteter englischer Seite mitgeteilt wird, wird heute abend über den weiteren Verlauf der Verhandlungen der Konferenz entschieden werden.

Erklärungen Rathenaus

Genua, 19. April. Reichsminister Dr. Rathenau empfing am Dienstag abend die führenden Mitglieder der englischen und amerikanischen Presse und gab ihnen eine Darstellung von der deutschen Auffassung über den deutsch-russischen Vertragsabschluß. Rathenau erklärte zunächst, er könne es nicht verstehen, warum eine Friedenskonferenz so außerordentlich aufgeregt sei über den Abschluß eines Friedensvertrages. Die Unstimmigkeiten zwischen den europäischen Ländern mußten doch einmal geregelt werden. Er führte dann weiter aus, daß er 8 Tage lang die Alliierten habe wissen lassen, wie dringend und wichtig für Deutschland die Verhandlungen mit Rußland seien. Deutschland sei jedoch zu keinerlei Verhandlungen mit Rußland hinzugezogen worden. Dagegen habe er Mitteilungen erhalten, daß Verhandlungen zwischen den Alliierten und Rußland unmittelbar vor dem Abschluß ständen. Auf eine Zwischenfrage eines Journalisten, von wem er diese Mitteilungen erhalten habe, erklärte Rathenau: von amtlichen und halbamtlichen Persönlichkeiten. Auf eine weitere Frage, ob auch Engländer unter den Ueberbringern dieser Nachrichten gewesen seien, sagte Rathenau, es seien auch vier Engländer darunter gewesen.

Die Alliierten in der Zwickmühle

Genua, 19. April. Die Situation ist hier sehr eigenartig. Die Sitzung der Wirtschaftskommission mußte abgesagt werden, da die Franzosen sich weigerten, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten. Zu einem Bankett, zu welchem durch den italienischen Ministerpräsidenten de Facta eingeladen worden war, sollten auch die Deutschen erscheinen. Dr. Rathenau erklärte, daß er mit einer solchen Note in der Tasche unmöglich an einem gemeinsamen Essen teilnehmen könnte. Man gab darauf die Note wieder zurück, um sie nach dem Essen zu überreichen. Man wünscht doch die Fühlungnahme, die bisher ziemlich mangelhaft war, zu erweitern. Frankreich hat das größte Interesse an einem Zustandekommen einer internationalen Anleihe für Deutschland und diese würde durch das Scheitern der Konferenz zum mindesten weit hinausgeschoben. Zur Anknüpfung normaler Verhältnisse mit Rußland ist es auch notwendig, daß die Massen nicht aus Genua erscheucht werden. Offenbar ist auch aus diesem Grunde für die Note eine Form gewählt worden, die das Schicksal der Konferenz nun von der deutschen Antwort abhängig macht und damit Deutschland auch die ganze Verantwortung zuschieben will. Alles dieses wird die deutsche Antwort zu berücksichtigen haben.

Barthou verhandelt nicht mit den Russen

Genua, 18. April. Der Führer der französischen Delegation Barthou erklärte laut Havasagentur, er würde künftig nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen, in denen die Russen anwesend seien. Er halte sich für verpflichtet, in Paris Instruktionen über die Lage einzuholen, die durch den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages entstanden sei. Die für heute einberufene Kommissionssitzung der Wirtschaftskommission wurde abgesagt. Ihr Präsident, der französische Delegierte Colrat, erklärte, er halte es für unmöglich, mit Deutschland oder Rußland zu diskutieren, bevor die Lage geklärt sei. Heute wird sich die Kommission der juristischen Sachverständigen der Alliierten versammeln, um zu prüfen, ob der deutsch-russische Vertrag mit dem Vertrag von Versailles vereinbar sei, besonders mit dem Artikel 117 des Versailler Vertrages über die Wiedergutmachungen. Die Franzosen würden alsbald Vorkehrungen treffen für die Fortsetzung oder den Abbruch der Konferenz.

Eine scharfe Note der Alliierten an die deutsche Delegation

Genua, 18. April. Die Delegierten der Alliierten und der Kleinen Entente traten gestern nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um zu dem deutsch-russischen Vertrag Stellung zu nehmen. Als Ergebnis dieser Sitzung wurde folgende Note der deutschen Delegation zugestellt: Die unterzeichneten Mächte haben mit Ueberraschung erfahren, daß während des Stadiums der Konferenzarbeiten Deutschlands, ohne die anderen hier vertretenen Mächte zu informieren, heimlich einen Vertrag mit der russischen Sowjetregierung abgeschlossen hat. Die unterzeichneten Mächte müssen der deutschen Delegation ihre Meinung dahin ausdrücken, daß der Abschluß eines solchen Vertrages während der Konferenzarbeiten eine Verletzung der Bedingungen darstellt, die Deutschland einzuhalten sich verpflichtet hat, als es die Einladung zur Konferenz annahm und als man Deutschland Gelegenheit gab, an allen Kommissionen in gleicher Weise wie die anderen Mächte teilzunehmen. Während die Konferenz tagt und während Deutschland in der Kommission und Unterkommission ist, die mit der Verhandlung über den europäischen Frieden mit Rußland auf der Grundlage der Bedingungen von Cannes beauftragt sind, haben die deutschen Vertreter in diesen Kommissionen hinter dem Rücken ihrer Kollegen im geheimen einen Vertrag mit Rußland über dieselben Fragen geschlossen, die sie in aller Zusammenarbeit mit den Vertretern der anderen Nationen behandeln sollte. Unter diesen Umständen betrachten die Unterzeichneten es als nicht recht und billig, daß Deutschland, nachdem es sich auf eigene Faust mit Rußland geeinigt hat, an den Besprechungen der Bedingungen einer Einigung zwischen den vertretenen Ländern und Rußland teilnimmt, und setzen deshalb voraus, daß die deutsche Delegation durch ihr Verhalten auf fernere Teilnahme an der Besprechung der Bedingungen für eine Vereinbarung zwischen Rußland und den verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Ländern verzichtet hat.

Die Hauptpunkte der französischen Kritik

Paris, 18. April. Die französische Kritik gegen den deutsch-russischen Vertrag richtet sich besonders gegen zwei Punkte: gegen den Umstand, daß der Abschluß des Vertrages von Rapallo die Bildung eines deutsch-russischen Blockes bedeute, und daß der Wiederaufbau Europas im Einverständnis sämtlicher Nationen gefährdet sei. Der „Petit Parisien" erklärt u. a.: „Die deutsch-russische Brücke, die seit Ende des 18. Jahrhunderts bis 1890 auf ganz Europa gelastet hat, hat sich wieder neu gebildet. Die Nachricht von dem deutsch-russischen Vertrage hat wie ein Donnerschlag gewirkt.

Moratorium und Sanktionen

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Während in den zuständigen Kommissionen der Genueser Konferenz, in Verbindung mit dem Problem des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft, auch der Plan eines Moratoriums für Deutschland eine Rolle spielt, wird in der französischen Presse die Drohung mit Sanktionen auffallend in den Vordergrund gerückt. Man hat es hier mit politischen Manövern zu tun, die der ernstesten Aufmerksamkeit bedürfen. Moratorium und Sanktionen sind Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen. Daß sie aber gegenseitig miteinander in Verbindung gebracht werden, deutet auf ganz bestimmte Tendenzen, denen daran gelegen ist, das eine auszuschalten und das andere zu erreichen. Mehr aber noch spielt die Absicht in all diese Fragen hinein, den Moratoriumsplan mit einem Gegendruck zu versehen, um ihn nicht zur Ausreife kommen zu lassen.

Die Genueser Konferenz würde ihr Ziel nicht erreichen, wenn nicht eine Klärung des europäischen und im besonderen des deutschen Währungsproblems herbeigeführt wird. In unlöslichem und unlöslichem Zusammenhange damit steht die Stabilisierung der Reparationsleistungen. Eine Stetigkeit hinsichtlich der Höhe dieser Zahlungen wie auch einer terminmäßigen Abtragung ist unbedingt erforderlich. Sie kann nur gewährleistet werden, wenn für einen längeren Uebergangszustand ein Moratorium, ein Zahlungsaufschub Platz greifen könnte, der sich aufbauen müßte auf einer internationalen Anleihe von erheblicherem Ausmaße. Erwägungen für eine derartige Regelung, die nach Lage der Dinge als ein Provisorium gedacht werden könnte, sind in Genua vielfältig gepflogen worden.

Die Verhandlungen sind nun aber durch die russische Frage in den Hintergrund gedrängt. Wenn der gegen die Deutschen gerichtete Vorwurf der Ueberrumpelung der Genueser Konferenz durch den deutsch-russischen Wirtschaftsvertrag keineswegs zutrifft — die bezüglichen Verhandlungen schweben schon seit Monaten und über ihren bevorstehenden Abschluß sind die Vertrauenspersonen der französischen, wie auch der englischen und italienischen Delegation unterrichtet worden —, so ist doch eine Atmosphäre geschaffen, die der Konferenz gefährlich werden kann, jedenfalls wird die Stimmung von einem Teile der französischen Presse sehr schroff gegen Deutschland ausgenutzt. Die Drohungen mit den Sanktionen stehen wieder einmal im Vordergrunde. Geflissentlich werden alle Folgen und Möglichkeiten drohend erörtert, die sich ergeben, wenn von seiten der deutschen Regierung bis zum 31. Mai in der Reparationsfrage keine befriedigenden Maßnahmen ergriffen worden sind. Es ist auffällig, daß in einem Teile der Pariser Presseorgane mit Eifer den Nachweis versucht wird, daß der Entschluß, gegen Deutschland mit Sanktionen vorzugehen, nicht von der Gesamtheit der Alliierten gefaßt zu werden brauchte, sondern daß Frankreich für sich allein das Recht hätte, gegen Deutschland Zwang anzuwenden. Die Stimmung jener Gruppe in Frankreich, die mit aller Kraft auf militärische Okkupation des Ruhrgebietes hinzielt und die sich gedeckt weiß durch starke wirtschaftliche und industrielle Kreise, hat gerade auf Grund der jüngsten Vorgänge in Genua wieder Oberwasser gewonnen und ist am Werke, ihre Auffassung mit Nachdruck zu propagieren.

Die Klippen von Genua sind noch lange nicht überwunden. Alles, was wir jetzt sehen und hören müssen, zeigt uns, daß auch noch so wohl formulierte Beschlüsse dieser Genueser Konferenz den Geist der Gewalt, der immer noch lebt, nicht ausmerzen können. Mit größerer Sorge als den Verlauf von Genua müssen wir den Dingen nach Genua entgegensehen. Und wir dürfen nicht vergessen, daß Bestrebungen am Werke sind, die auch unter dem Deckmantel eines sogenannten Moratoriums Gewalttätigkeiten gegenüber Deutschland sich offen halten wollen.

SLUB
Wir führen Wissen.